Sprechstunden-Stellen
11 Uhr, 5852 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate Werktags bis 12 Mitt., 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Dr. Rudolf, 5 auf an Wochentagen bis 6 Uhr. Redaktion. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 5 Silben) 15 Pfg. Unter Einsendung Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inseratenaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Werktags 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Hörlitz, M. Riek-Magdeburg, A. Barchhelle, B. Strubr-Berlin W., R. Strisert-Hamburg, Plefnit-Teplitz. Für Rückgabe einsch. Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Täglich Eingang von Neuheiten geschmackvoller **Bijouterien** als: Brochen, Ohrringe, Kreuze, Medaillons, Colliers, Armbänder, Hut-Agraffen, Einsteckkämme, Haarpfeile, Uhrketten, Manschettenknöpfe etc. Specialität: Schmuckgegenstände aus echtem Jett. **J. Bargou Söhne,** Dresden, Wilsdrufferstrasse 21b. u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Höh. Töchterschule mit Pensionat (gemischt auf weibl. Handarbeiten Teplitz und Budweis 1884: Silberne Medaillen) und **Fröbel'schem Kindergarten** von Director G. W. C. Schmidt, Rosenstrasse 29b., nimmt Töchter von 6—18 Jahren als Schülerinnen (Schulg. von 6 Mk. monatlich an) u. Pensionärinnen (wirthsch., gesellschaftl., wissensch. Ausbild.), Knaben und Mädchen von 3—6 Jahren als Kindergartenzöglinge auf. Prospecte gratis und franco.

Wie wird man Maschinentechniker, Elektrotechniker? Preis 1 Mk. In jeder Buchhandlung.

Käuffersches Real-Institut zu Dresden. Realschule, Progymnasium u. Elementarschule. Beginn des neuen Jahrescursus am 13. April. — Die Anstalt befindet sich im gesundesten Villenviertel der Stadt, besitzt Freiwilligenberechtigung und ist mit einem Familienpensionat verbunden, welches die sorgsamste, geistige und leibliche Pflege gewährt. Prospecte mit zahlreichen Referenzen und Näheres durch Dir. Dr. Th. Schlemm.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Schlaf- u. Reise-Decken, Wolle und Kameelhaar, empfiehlt **Jean Schieme Nachf.,** Neust. Rathhaus'

Nr. 64. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 5. März: Auffrischender Südwestwind, meist trübe trübe mit Niederschlägen, wärmer. | Dresden, 1885. **Donnerstag, 5. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Welches Echo erweckt die Rede Bismarck's? Handelte es sich um gewöhnliche Menschenkinder und nicht um hochmächtige Diplomaten, so könnte der edle Lord Granville keine Stunde länger Minister bleiben, nachdem ihm Unfähigkeit, Verlogenheit und Heimtücke in seiner Amtsführung so unwiderleglich nachgewiesen worden sind, wie dies ihm seitens des Fürsten Bismarck geschehen ist. Aber der erste Widerhall, den die Bismarckrede bei den Engländern gefunden und der aus der „Times" herübertönt, läßt erkennen, daß der gewöhnliche Maßstab von Ehre und Logik bei Diplomaten dieses Schlages nicht anwendbar ist. Die „Times", die sich gern ein Weltblatt nennen lassen, weil sie den Interessen der goldenen Internationale dienen, meinen: es sei zuzugeben, daß die jetzigen englischen Minister Bismarcken Ursache gegeben haben, beleidigt zu sein, aber er thäte besser, darüber hinwegzusehen, als seinen Unwillen so weit zu treiben, daß er dadurch das gegenseitige Wohlwollen der beiden Völker gefährde. Daran ist so viel richtig, daß die Völker sich nicht in die Haare zu fahren brauchen, weil sich ihre Minister Unangenehmes gesagt und geschrieben haben. Das Londoner Blatt aber, wenn es nicht den Rücktritt des eigenen schuldigen Ministers fordert, stellt sich damit auf dessen Seite und dehnt dessen böswilliges Trachten gegen Deutschland auf das ganze englische Volk aus. Es findet sich in dem Timesartikel kein Wort des Tadels gegen die Unverschämtheit der Ansprüche englischer Kaufleute, die uns nicht die bescheidensten Kolonie-Erwerbungen gönnen; die dadurch erregte Mißstimmung Deutschlands gilt den Engländern als Etwas, worauf sie nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen brauchen. Es ist eben so: das Ministerium Granville-Gladstone ist der getreue Ausdruck des englischen Volkes, seines Hochmuthes, seiner maßlosen Ansprüche. Es ist aber damit bei uns endlich einmal an den Unrechten gekommen. Deutschland ist eben eine Nation geworden, die sich nicht mehr auf der Nase herumtanzen läßt, am allerwenigsten von England. Deutschland besitzt dazu in Bismarck einen Staatsmann, der sich zu solcher Behandlung am wenigsten eignet. Die Engländer verwechseln Friedfertigkeit mit Schwäche. Einer weniger friedfertigen Nation, wie der unseren, wäre längst der Geduldsfaden gerissen. Und wenn Bismarck nicht als höchste Aufgabe des Restes seines Lebens die Wahrung des Friedens in Europa ansähe, würde er längst Ursache zum ernstlichen Einschreiten gegen englische Unbilligkeiten gefunden haben. So aber zeigt sein Verhalten in dem englisch-deutschen Streitfalle, daß sein ganzes Denken und Handeln auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet ist. Wie trübselig erscheint dagegen die Politik der Händeljucher und Unruhestifter Granville Gladstone! Sie kannten kein höheres Ziel, als Bismarck bei der Türkei und Frankreich mit der Lüge anzuschwärzen, daß er zur Annexion Egyptens gerathen habe. Statt dessen ist jetzt erhärtet, daß Frankreich und die Türkei keinen uneigennützigeren und wirksameren Vertreter ihrer berechtigten egyptischen Interessen haben, als den deutschen Reichskanzler. So schlägt das Lügengewebe und die Zettelung des liberalen Ministeriums Englands zum Vortheile Deutschlands aus und wir können nur wünschen, daß England noch recht lange sich eines Ministeriums erfreuen möge, dessen Unfähigkeit nur durch das Mißtrauen überwogen wird, das es überall erregt.

Zu einem Kriege zwischen England und Deutschland wird es nicht kommen. Ebensowenig zu einem Kriege zwischen England und Rußland wegen Afghanistan. Rußland setzt einfach in Asien seinen Willen durch, die Engländer mögen dazu Gesichter schneiden, soviel sie wollen. Die Sprache der russischen Blätter läßt an der ernsten Absicht, die Grenzstreitigkeiten im Sinne der Annexion Herats zu beenden, keine Zweifel aufkommen. Wenn aus London gemeldet wird, England werde dieser neuesten russischen Annexion gewaltsam entgegentreten, so weiß man in Petersburg genau, daß die englische Dogge nur bellt. Die vor den Thoren Herats wie eine dunkle Wetterwolke stehenden Kosaken werden dadurch nicht weggescheucht. Die Gründe, mit welchen England das Hineinwerfen seiner Truppen nach Afghanistan zu rechtfertigen versuchen unternähme, stehen auf schwachen Füßen. In Rußland betrachtet man das etwaige Erscheinen englischer Truppen als einen Bruch des 1872/73 abgeschlossenen Vertrages.

Unserem gestrigen Artikel, betreffs Anwendung des Sperrgesetzes auf Getreidezufuhr, lag die irrthümliche Annahme zu Grunde, daß sich die Bundesrathsverordnung auf solche Kaufgeschäfte beziehe, die nach dem 15. Jan. bis zum Eintritt der Sperre abgeschlossen wurden. Man macht uns darauf aufmerksam, daß die in dieser Zeit eingeführten Waaren eo ipso nur noch zu den alten niedrigen Sätzen verzollt werden dürfen. Die Getreidehändler wünschen aber diese Maßregel auch auf solche Waaren ausgedehnt, die vor dem 15. Jan. nachweislich abgeschlossen worden sind und in späteren Monaten erst hier ankommen. Bereits im Herbste, sicher aber vor dem Schlusse der Schifffahrt sind solche Kaufgeschäfte betreffs ausländischen Getreides abgeschlossen worden, die erst nach Wiedereröffnung der Schifffahrt effektuirt werden können. Es liegt auf der Hand, daß auch diese Geschäfte völlig legitim sind und nicht durch Aufstellung unerfüllbarer Nachweise (Notarielle Urkunden) über den Haufen geworfen werden können.

Oesterreich hat, ziemlich unbeachtet von Deutschland, ein großes Stück sozialer Reform unter Dach gebracht. Vor Kurzem nahm das Herrenhaus in Wien denjenigen Theil der Arbeiterschutzgesetzgebung an, der den Normalarbeitstag einführt. Das Oberhaus trat den betr. Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unverändert bei und enthielt sich jeder Abänderung, um nicht das Zustandebringen dieses Gesetzes zu gefährden. Die österreichische Industrie wird sich alsbald nach der neuen Decke zu strecken haben. Damit tritt eine Reform ins Leben, welche Fürst Bismarck vor ganz kurzer Zeit im deutschen Reichstage als unmöglich, als ein Phantom bezeichnet hat und die in vielen industriellen Kreisen vielfach als ein sehr gewagtes Experiment betrachtet wird, geeignet, ihre Industrie zu schwächen, womit naturgemäß eine Rückwirkung schädlicher Art auf die Arbeiterverhältnisse verbunden wäre. Fürst Bismarck sagte gelegentlich der Debatte über den Normalarbeitstag im deutschen Reichstage, der Normalarbeitstag sei ein Versprechen, das nicht erfüllt werden könne, und ein solches Versprechen sei gefährlich, weil es Hoffnungen erwecke und Enttäuschungen bringe. Zum Glück ist die Welt nicht ganz ohne Anhaltspunkte, um sich über die Folgen der Einführung des Normalarbeitstages zu unterrichten. Entscheidend für den Werth oder Unwerth des Normalarbeitstages wird immer sein, ob durch intensivere Arbeit in einer kürzeren Arbeitszeit dasselbe geleistet werden kann, was bei einer längeren Arbeitszeit geleistet wird. In der Schweiz hat sich nun ergeben, daß für gewisse Branchen sich Bismarck's Behauptung allerdings bestätigt, für viele aber nicht, und die Folge ist, daß dort die Behörden in vielen Fällen von ihrem Rechte, Ueberstunden zuzulassen, Gebrauch machen. Vor Einführung des Normalarbeitstages gab man sich in der Schweiz den ungemessensten Befürchtungen über die Wirkungen des Gesetzes hin, die Industriellen sprachen von Ruin und Auswanderung, hinterher zeigte aber die Erfahrung, daß es sich mit dem elfstündigen Normalarbeitstage sehr wohl wirthschaften lasse, wenn nur während der Uebergangsperiode eine weise Handhabung des Gesetzes platzgreift. In England, wo die sich um die Einführung des Normalarbeitstages drehende Bewegung ihren Ausgangspunkt nahm, beträgt die regelmäßige tägliche Arbeitszeit sogar zehn Stunden. Gesetzlich besteht dort eigentlich nur für weibliche und jugendliche Hilfsarbeiter ein Normalarbeitstag. Aus diesem hat sich jedoch in Folge des fast durchweg unvermeidlichen Zusammenwirkens der weiblichen, jugendlichen und erwachsenen Arbeiter auch für die letzteren ein faktischer Normalarbeitstag herausgebildet, der mit derselben Sicherheit wirkt, wie der gesetzliche. Sowohl in der Schweiz wie in England hat sich, wenn man den Berichten der Fabrikinspektoren und den Lehren der Industriestatistik Glauben schenken darf, ergeben, daß die Schonung der Arbeitskräfte nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der Industrie und zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit führt. Der Normal-, richtiger gesagt der Maximalarbeitstag würde eine ernste Gefahr für unsere Industrie bedeuten, wenn man ihn als ein „Rühr' mich nicht an" betrachten wollte und ein Verdienst um das öffentliche Wohl darin finden würde, die Reform allen Industrien mit einemmal und ohne Ausnahme aufzuzwingen. Insbesondere ist es die Textilindustrie, die für sich Ausnahmsbestimmungen mit unanfechtbarer Begründung beanspruchen wird und der sie gewährt werden müssen. Es darf ja auch nicht alle Arbeitsleistung nach Einem Maßstabe beurtheilt werden. Die Arbeit in Bergwerken oder in Schmiedewerkstätten, wo die höchsten Ansprüche an die körperliche Kraft gestellt werden oder der Arbeiter sich in einer heißen Temperatur aufhalten muß, ist in keinen Vergleich zu bringen mit der Thätigkeit von Arbeitern in der Textilbranche, wo der Arbeiter oft nicht mehr zu thun hat, als die Kontrole über die Maschine zu üben. Gewiß wäre es für den Erfolg des Maximalarbeitstages sehr vortheilhaft, wenn dieser nicht durch die einseitige Gesetzgebung eines Staates, sondern auf dem Wege einer internationalen Regelung eingeführt werden möchte. Aber da der leitende Staatsmann in Deutschland auffälligerweise gerade auf diesem Gebiete vor einer Einschränkung der individuellen Freiheit zurückschreckt, so ist auf eine internationale Vereinbarung vorläufig nicht zu hoffen, aber bei seiner bekannten und von dem Fürsten Bismarck selbst zugestandenen Lernbegier wird der deutsche Reichskanzler gewiß bald nachfolgen, wenn in Oesterreich der Maximalarbeitstag ohne jede Erschütterung der Industrie verwirklicht wird. Rühmlicher wäre es für Deutschland gewesen, sich nicht von Oesterreich überflügeln zu lassen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 4. März.

Berlin. Der Reichstag berüth den Reichshaushaltsetat in dritter Lesung. Abg. Liebknecht (Soz.): Die Nothwendigkeit der Sozialreform werde jetzt von keiner Seite mehr geleugnet. Als Mittel zur Durchführung betrachte man einerseits die Sozialpolitik, andererseits die Kolonialpolitik der Regierung. Daß die Kolonialpolitik zur Lösung der sozialen Frage beitragen werde, sei nicht zu behaupten. Die Kolonien sollten der Ueberproduktion gegenüber neue Absatzgebiete schaffen. Das sei aber zwecklos, so lange es noch Leute in der Heimath gebe, die aus Mangel an Verdienst nicht kaufen können. Die Sozialpolitik der Regierung sei verfehlt, dem Arbeiter werde ein zu geringer Einfluß eingeräumt. Man solle die Ausnahmegesetze abschaffen, dann werde vielleicht Besserung eintreten. Die ganze Politik der Regierung führe nur zur Unterdrückung der letzten Reste der Freiheit. Was alle Staatsmänner, Fürst Bismarck an der Spitze, zur Erhaltung des Friedens gethan, bedeute gar nichts. Der wahre Erhalter des Friedens sei die französische Demokratie. Man habe also gar keine Ursache, dem Reichskanzler dankbar zu sein und seine Politik zu unterstützen. Die ganze 20,000 Mark-Bewegung habe klägliches Fiasko gemacht. Der dabei zu Tage getretene Byzantinismus sei ein bedenkliches Zeichen. Der Reichskanzler sei entbehrlich, der Reichstag nicht. Wenn die Demokratie gegen den Reichskanzler zusammenhalte, werde man mit dessen Politik fertig werden. Seine Partei werde ihrem Protest gegen das herrschende System dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie gegen den ganzen Etat stimme. Abg. Grad (Els.) weist die Angriffe des Vorredners gegen die Wirthschafts-, Kolonial- und Sozialpolitik des Reichskanzlers zurück. Speziell seien die Getreidezollerhöhungen von hohem Nutzen. Er empfiehlt Zwecks Herabminderung der Matrikularbeiträge mit weiteren Zollerhöhungen speziell auf Tabak vorzugehen. Hierauf wird in die Spezialberathung eingetreten. Beim Etat des auswärtigen Amtes entspann sich die mit so großer Spannung erwartete Debatte über die 20,000 Mk. für einen zweiten Direktor. (Die Tribünen sind dicht gefüllt, das Haus dicht besetzt.) Abg. Richter-Hagen nimmt Bezug auf seine Erklärungen bei der zweiten Lesung, wonach seine Partei die Angelegenheit nicht als politische Parteifrage, sondern als eine rein budgetmäßige ansehe. Seitdem habe sich nichts in der allgemeinen Lage geändert, die Mehrheit seiner Freunde und er selbst würden deshalb auch heute gegen den zweiten Direktor stimmen. (Beifall links und im Centrum.) Abg. v. Frankenstein (Centrum): Seine Partei habe in der zweiten Lesung gegen den zweiten Direktor gestimmt, ohne damit dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum ertheilen zu wollen, aus den rein sachlichen Gründen, die der Referent der Budgetkommission damals dargelegt habe. Seit dem 15. Dezember seien gegen die Majorität wegen dieses Votums eine Reihe von Schmähungen, Herabsetzungen und Unterstellungen in maßlosester Weise angehäuft worden, daß seine Partei es für Pflicht halte, dem gegenüber an dem ablehnenden Votum festzuhalten. (Beifall im Centrum und links.) Graf Dönhoff-Friedrichstein (cons.) und Graf Behr (Reichspartei) beantragen Wiederherstellung der 20,000 M.. Bundeskommissar Legationsrath Humbert erklärt, daß der Standpunkt der Regierung heute derselbe sei wie früher, und bittet die Position wiederherzustellen. Abg. v. Lenz (n.-l.) weist die Angriffe gegen die Bewegung anläßlich des Votums vom 15. Dezember zurück. Diese Bewegung sei aus dem Innersten des Volkes hervorgegangen. Das Interesse der Leitung unserer Politik stehe im vorliegenden Falle höher als das finanzielle Interesse. Er bitte die Position wiederherzustellen. (Beifall und Zischen.) Rickert (deutschfreisinnig): Es sei eine Entstellung der Thatsachen, zu behaupten, man habe dem Reichskanzler die Arbeitskräfte zur Führung der Geschäfte verweigern wollen. Das sei nicht der Fall. Es handle sich nur um eine ganz untergeordnete Budgetfrage. Er werde mit einem Theil seiner Freunde für die Position stimmen, und zwar unbeeinflußt durch eine Bewegung außerhalb des Hauses. v. Wöllwarth (Reichspartei) tritt der Behauptung entgegen, daß die Bewegung eine künstlich gemachte sei. Er wisse nicht, was er mehr bei dieser Aeußerung bewundern solle, den Muth dazu oder den Mangel an Menschenkenntniß, der sich darin ausspreche. v. Wöllwarth fährt fort, seine schwäbischen Landsleute seien seit 1870 nicht so beunruhigt gewesen, als wie nach der Abstimmung vom 15. Dezember. Die Entrüstungsbewegung sei wohl berechtigt gewesen, denn kein künstlicher Staatsstreich hätte mehr beunruhigen können. Er hoffe, daß der Reichstag durch zustimmendes Votum seinen gesunkenen Kredit wieder herstelle. Abg. Payer: Die eigentlichen Veranstalter der Entrüstung waren die Nationalliberalen. Die Veranstalter in Württemberg hätten sich mit der Bewegung blos lächerlich gemacht. Wenn man nachgebe, verstärke man nur die Machtstellung des Reichskanzlers. Abg. v. Vollmar: Wer diesem Reichskanzler vertraue, müsse ihm auch die gewünschte Summe bewilligen. Seine Partei (Sozialdemokraten) habe kein Vertrauen zum Reichskanzler und seiner Politik und stimme deshalb gegen die Bewilligung. Abg. v. Helldorf tritt für die Bewilligung ein, indem er namentlich darauf verweist, daß die Bewegung vom 15. Dezember tief in die freisinnigen Kreise hineingedrungen. Abg. Langwerth v. Simmern erklärt angesichts der Entrüstungs-Bewegung nun erst recht nicht für die Forderung zu stimmen. Abg. Windthorst bezeichnet die Entrüstungs-Bewegung als einfache Fortsetzung des Wahlkampfes. Unberechtigt an der Bewegung seien die Schmähungen des Parlaments. Wenn der Reichskanzler etwas verlange, werde immer gleich das Vertrauen in Frage gestellt. Wenn dies so fortgeht, ist das Parlament überhaupt nicht nöthig. Die Aeußerung v. Wöllwarth's hinsichtlich des Staatsstreiches sei bedenklich. Ein konstitutioneller Mann dürfe an einen Staatsstreich gar nicht denken. Die 20,000 Mark werden hierauf mit 172 gegen 153 Stimmen bewilligt. Dafür stimmen Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und ein Theil der Freisinnigen (die früheren Secessionisten) unter Führung Rickert's und v. Forckenbeck's. Für Kapstadt war in zweiter Lesung anstatt eines Generalkonsuls nur ein Konsul bewilligt, auf Antrag der Grafen Dönhoff und Grafen Behr und nach Befürwortung Wollmann's und Richter's wird ein Generalkonsulat bewilligt. Für Korea war in zweiter Lesung auch nur ein Konsul bewilligt, während die Regierung einen Generalkonsul gefordert hatte. Die Grafen Dönhoff und Behr beantragen Bewilligung eines Generalkonsuls, die Abgg. Richter und Bamberger sind dagegen. Der Generalkonsul wird mit 148 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Für die Südsee hatte die Regierung einen Konsul und drei Vicekonsuln beantragt, in zweiter Lesung waren nur ein Konsul und ein Vicekonsul bewilligt. Die Grafen Dönhoff und Behr beantragen Wiederherstellung. Die Abgg. Kalle und Hammacher befürworten dieselbe. Es sei namentlich nothwendig, den Prätentionen Englands entgegenzutreten. Abg. Richter: Man solle sich hüten, durch Seitenhiebe Oel in's Feuer zu gießen und die Erregung zwischen Deutschland und dem stammverwandten, uns dynastisch verbundenen England künstlich zu steigern. Die Kolonialpolitik der Nationalliberalen sei Gründungsschwindel. Die beiden Vicekonsuln werden abgelehnt. Der Rest des Etats des auswärtigen Amtes wird debattelos erledigt. Morgen Zolltarifantrag und Etat.

Berlin. Graf Herbert Bismarck ist nach London abgereist.

London. Die Zeitungen besprechen in vielspaltigen Artikeln Bismarck's Rede und die englisch-russischen Grenzdifferenzen. Während die gesammte Presse das deutsch-englische Intermezzo als eine Art Familienstreit beurtheilt, welcher trotz herber Worte schließlich beigelegt wird, erklären alle Journale, selbst die ministerielle „Daily-News", daß die Differenzen mit Rußland große Gefahren bergen.

Berliner Börse. Der Abschluß der Diskonto-Gesellschaft verstimmte. Dazu kamen matte Londoner Notirungen. Die Course wichen auf allen Gebieten, besonders für spekulative Banken. Die lebhaft angebotenen Kreditaktien wichen um 5 M., Diskontogesellschaft 4, Deutsche Bank 1½ Proz. Eisenbahnen gleichfalls prozentweise niedriger. Spekulative Bergwerke nicht minder gedrückt. Von fremden Renten waren namentlich Russen matt. Im Kassaverkehr Bahnen, Banken und Montanwerthe schwächer. Industrien ziemlich belebt, aber vorwiegend angeboten. Deutsche Fonds fest, ebenso österr. Prioritäten.

Frankfurt a. M., 4. März. Credit 237¾. Staatsbahn 253¼. Lombarden 138¼. 6er Loose —. Ostbahn. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldrent. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 206,00. Cassen 67,81. Gotth.-B. —. Türken —. Schwach.

Wien, 4. März. Credit 303.70. Staatsbahn 306,40. Lombarden 139,20. Nordwestb. 170,50. Marknoten 60,555. Ung. Credit 315,25. Lombarden matt.

Paris, 4. März. Schluß. Rente 82.05. Anleihe 109,00. Italiener 97,35. Staatsbahn 632,50. Lombarden 300,00. do. Prioritäten —. Egypter 341,00. Oest. Goldrente —. Spanier 61¾. Ottomanen 616,00. Schwach.

London, 4. März. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 97⅝. 1877er Russen 86⅛. Italiener 95⅞. Lombarden 12. Türken 13 1/16. 4% fund. Amerik. 125⅛. 4% Ungar. Goldrente 83⅛. Oesterr. Goldrente 88⅛. Preußische Consols 103. Egypter 67 1/16. Ottomanbank 14 7/16. Suez-Actien 83¾. — Stimmung: Platt. Wetter: Mild.

Breslau, 4. März, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proz. pr. April-Mai 43,30, pr. Juni-Juli 44,10, pr. Juli-August 45,10. Weizen pr. März 162,00. Roggen pr. April-Mai 144,00, pr. Mai-Juni 147,00, pr. Juni-Juli 148,50. Rüböl pr. März 51, pr. April-Mai 51,00, pr. Mai-Juni 53,50. Fest ruhig. Wetter: Trübe.

Stettin, 4. März, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 154—164, pr. April-Mai 167,00, pr. Juni-Juli 171,50, pr. Juli-August 173,00. Roggen unverändert, loco 134—138, pr. April-Mai 144,50, pr. Juni-Juli 146,50, pr. Juli-August 149,50. Rüböl fest, 100 Kg. pr. März 49,50, pr. April-Mai 50,00. Spiritus still, loco 42,20, April-Mai 43,50, pr. Juni-Juli 44,50. Petroleum loco 5,25.

London, 4. März. Weizen träge, stetiger, angekommener fest, ruhig. Mehl träge. Mais, Gerste stetig. Hafer gefragt, ¼ Sch. theurer. Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Der Kaiser ernannte den Königl. Sächs. Major a. D. und Kammerherrn Freiherrn v. Friesen auf Schloß Rötha, den Rittergutsbesitzer Grafen v. Einsiedel auf Luppa b. Bautzen und den Königl. Sächs. Hauptmann z. D. Freiherrn v. Hausen zu Meißen nach Prüfung derselben durch das Kapitel und auf Vorschlag des Herrenmeisters Prinzen Albrecht von Preußen zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens.

— Nächsten Freitag, den 6. d., Abends trifft Se. Kgl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar zu einem kurzen Besuche am Kgl. Hofe hier ein.

— Bahnhofsinspector Böcker in Döbeln erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden und Oberschaffner v. Gottschalk in Dresden das Albrechtskreuz.

— In militärischen Kreisen behauptet man, daß der Stadtkommandant Generalleutnant v. Funcke, Excellenz, damit umgehe, um seine Pensionirung einzukommen. In der Bürgerschaft würde man den Rücktritt dieses durch seine Charaktereigenschaften ausgezeichneten Militärs lebhaft bedauern.

Englischer Garten, neben der Börse, Holl. Austern, à Dtz. M. 2,50.